IV. Jahrg. / Nr. 59 / Preis für Groß-Berlin 30 Pfg. — Morgen-Ausgabe — Sonnabend, den 5. Februar 1921

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion: Stallschreiberstr. 34/35 (Sprechz.: 5—6 Uhr). Telefon: Amt Moritzplatz 12579

Erscheint zweimal täglich. Sonntags und Montags einmal.

Expedition und Inseratenannahme: Berlin S 14, Stallschreiberstraße 34/35 (Telefon: Moritzplatz 12579)

Der Bezugspreis beträgt für Groß-Berlin 2 mal täglich frei ins Haus 30.— Mk. Für Bezieher nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Bezugspreis 30.— Mk. monatlich. Bei Zusendung unter Streifband für Deutschland und Österreich 36.— Mk., als Brief 50.— Mk. Für Ausland unter Streifband 42.50 Mk., als Brief 60.— Mk. bei einmaliger Zustellung einschl. Porto und Versand.

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Es wird berechnet die gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum mit 4.— Mk. Familien- und Organisationsanzeigen 3.— Mk. netto. — Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 90 Pfg., jedes weitere Wort 75 Pfg., bei Familien- und Organisationsvorzugsanzeigen das fettgedruckte Wort 75 Pfg., jedes weitere Wort 45 Pfg. netto. — Reklamezeile 12 Mk.

Wie die deutsche Regierung entwaffnet

Baltikumer als Gärtnerburschen — Die Division Löwenfeld gerüstet im Kreise Arnswalde

Die deutsche „Entwaffnung" ist im Gange. In Stendal sind allein 20 Mitglieder der Kommunistischen Partei verhaftet worden, weil sie einen Bericht über Waffenlager der Konterrevolution besaßen. Die bürgerliche Presse begleitet die Rettung des Vaterlandes mit einer wüsten Kommunistenhetze und die „Freiheit" echt: Revolutionsspielereien.

Wir können der Regierung noch andere Angaben machen, an denen sie ihren Entwaffnungseifer betätigen kann.

Auf dem Rittergut Pammin im Kreise Arnswalde gibt es einen Flurschutz, dessen Mitglieder eine weiße Armbinde mit der Bezeichnung

Flurschutz Pammin,

darunter einen kreisförmigen Stempel mit dem Adler und der Aufschrift: Amt Pammin, Kreis Arnswalde, tragen. Auf dem Gute soll sich finden sich vorläufig 1 Leutnant, 2 Unteroffiziere, 1 Gefreiter und 26 bis 30 Mann, doch hat sich der Besitzer des Rittergutes auf eine Belegungsstärke von 2 Offizieren und 130 Mann eingerichtet.

Der Leutnant, der ebenso wie die Mannschaften feldmarschmäßig ausgerüstet ist, stammt aus einer sächsischen Formation; die Mannschaften sind der „Schiffs-Stamm-Division der Ostsee" entnommen, hinter der sich nichts anderes als die aus dem Ruhrrevier sattsam bekannte Division von Löwenfeld verbirgt.

Zum Zwecke der Täuschung der auf dem Gut beschäftigten Landarbeiter gebärden sich die Leute als Flurschutzbeamte und Landarbeiter. Sie tun je 24 Stunden „Gartendienst", je 24 Stunden militärischen Dienst. Zu letzterem gehören Patrouillen-Übungsgänge, die in Uniform mit Jagdgewehr oder Infanteriegewehr und 2 Eierhandgranaten erfolgen.

Damit die „Flurschutzbeamten" dem Entwaffnungsgesetz entgehen, hat der Rittergutsbesitzer jedem von ihnen durch den Amtsvorsteher folgenden Ausweis ausstellen lassen:

„Herrn ... z. Z. in Pammin wird als Feldschutzbeamten des Rittergutes Pammin die Erlaubnis zur Führung einer Schußwaffe im Dienst hiermit erteilt.

Pammin, den 8. Juli 1920.

Der Amtsvorsteher
gez. Krüger.

Stempel, wie auf der Armbinde."

Die Mannschaften haben aber nicht nur jeder eine Schußwaffe, sondern jeder ein Jagdgewehr und ein Infanteriegewehr, Modell 98, ferner vollständige Feldausrüstung, Stahlhelme und 2 schwere Maschinengewehre. Munition ist für jede Feuerwaffe in ausreichender Menge vorhanden.

Der Leutnant, der als „Landwirtschaftliche Eleve" angestellt ist, hat sofort einen Kriegerverein gegründet, dem sämtliche Flurschützen zwangsweise beitreten mußten, und einen deutschnationalen Redner aus Berlin kommen lassen, nach dessen Referat

sämtliche Flurschützen zwangsweise der Deutschnationalen Partei beitreten mußten.

Er hat militärische Disziplin für sich, den ihm übergeordneten Hauptmann und den Rittergutsbesitzer, Herrn Hock, eingeführt, der da nur reiche Geldspenden für den Flurschutz fließen läßt, während er kaum dem erbärmlichen Tarif seiner Landarbeiter nachkommt. Auch die Entlohnung erfolgt nach militärischen Sätzen. Einen zehnprozentigen Steuerabzug gibt es da nicht.

Damit die Mannschaften nicht mit den Landarbeitern in Berührung kommen, wird für sie eine besondere Köchin gehalten. Als die Landarbeiter unruhig wurden und Versammlungen abhalten wollten, ging der Leutnant in die Versammlung und es gelang ihm, die Arbeiter mit fausen Redensarten zu beschwichtigen. Er verschwieg wohlweislich, daß er im Hinterhalt bewaffnete Mannschaften zu seiner Deckung liegen hatte.

Die Leute sind vom Sennelager mit folgenden Scheinen gekommen:

„Benützung von Urlaubsschein Schnellzügen.

Der (Dienstgrad, Vor- und Zuname) ..... Name ..... von der (Komp. Regt. usw.) Schiffsstammdiv. der Ostsee ..... wird hiermit vom .... Datum .... bis einschließl. .....

Datum ..... nach Arnswalde beurlaubt.

Alle Behörden (usw.)

Stempel (und) Sennelager, den Tag und Monat 1920.
mit Aufschrift:
Schiffsstammdivision der Ostsee — gez. Forst, Ltn. u. Abj.

Außerdem sind sie mit Ausweisen versehen, die den üblichen militärischen Ausweispapieren zur Erlangung einer Militärfahrkarte entsprechen. Da Flurschutzbeamten keine Militärfahrkarte zusteht, sind die Ausweise mit einem falschen Namen unterzeichnet. Ein Leutnant Forst existiert nicht. Auch der Stempel ist nicht der Originalstempel der Schiffs-Stamm-Division, sondern eine gefälschte Gummistempelnachahmung. Ausgestellt werden diese Scheine in der Offiziersbaracke II in Sennelager, dem Geschäftszimmer des Frontbundes (Hauptmann Pfeffer), in welchem die Geschäfte der Feldwebel Drost führt.

Nicht nur auf Pammin befinden sich diese Formationen, sondern im ganzen Kreise Arnswalde, überhaupt in ganz Pommern und Mecklenburg. Die benachbarten Rittergüter haben ihre Belegung schon länger, sie ist zum Teil auch schon viel stärker, 400, 600 Mann, so daß der Feldwebel Urschel eine umfangreiche Arbeit zu erledigen hat.

Im ganzen Kreise Arnswalde mag auf diesem Wege etwa ein Regiment — 3000 Mann — untergebracht sein.

Es wird beseitigt von dem vorher erwähnten Hauptmann, der seine Befehle vom Frontbund erhält.

All diese Tatsachen mit all diesen Einzelheiten stehen fest. Sie beweisen, daß die sanften Herrschaften, die hinter dem Flurschutz stehen, nicht nur gegen das Entwaffnungsgesetz, sondern auch gegen das Strafgesetz verstoßen. Sie benutzen gefälschte Ausweise, um die Staatskasse zu prellen. Die Regierung wird also hier notgedrungen zugreifen müssen, ehe die Hock, Brost und Urschel dahin verschwunden sind, wo der Pfeffer wächst.

Wir warten ihre Maßnahmen ab.

Wir und die Exekutive

Von Paul Levi

I.

Berlin, den 5. Februar.

Angesichts der Differenzpunkte, die augenblicklich zwischen der V.K.P.D. und dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale bestehen, ist ein Punkt als feststehend vorauszuschicken. Das Exekutivkomitee muß in Moskau bleiben und kann nur in Moskau sein. Dies hängt untrennbar zusammen mit dem eigenen Charakter der Kommunistischen Internationale. Die Kommunistische Internationale ist der organisierte weltpolitische Wille des Proletariats. Was die Kommunistische Internationale von allen vorhergehenden internationalen Arbeiterassoziationen unterscheidet, ist das, daß in ihr das internationale Proletariat seine Weltgeltung erkämpft. Aus dieser Tatsache folgt, daß der Sitz der Exekutive nur dort sein kann, wo das Proletariat die Staatsgewalt erkämpft hat und kraft der Staatsgewalt in die Reihe der staatlichen Organisationen eingedrungen ist, zwischen denen der Kampf um die Weltgeltung sich abspielt. Wenn also die verschiedenen Auffassungen zwischen der V.K.P.D. und der Exekutive der Kommunistischen Internationale zehnmal größer wären, als sie sind: an dieser Tatsache kann nichts geändert werden. Der Sitz der Exekutive ist nicht bestimmt und kann nicht bestimmt werden von dem Willen der der Kommunistischen Internationale angeschlossenen Organe, sondern wird allein bestimmt von dem revolutionären Zustand der einzelnen Länder. Erst wenn das Zentrum des proletarischen Kampfes um die Weltgeltung von Moskau weggerückt wäre, d. h. wenn etwa im westlichen Europa ein festgegründeter proletarischer Staat bestünde, könnte an dieser Form etwas geändert werden.

Die ganzen Differenzen, die sich erhoben haben, spielen sich also in diesem Rahmen ab. Daß es zu Differenzen kam, ist eine, man möchte fast sagen, natürliche Sache. Das hängt mit zwei Ursachen zusammen. Einmal: die verhältnismäßig lange Dauer der Übermittlung von Nachrichten von Westeuropa nach Rußland. Zeitungen kommen spät an; Briefe müssen verhältnismäßig spärlich sein, und so fehlt dem Exekutivkomitee zwar nicht eine Übersicht über die Tatsachen aus einem gewissen Abstand, aber der lebendige Zusammenhang mit den Kämpfen jeder einzelnen Stunde. Zu dieser Schwierigkeit kommt eine andere: es ist klar, daß der — man möchte sagen — Hunger nach Aktualität bei den russischen Genossen außerordentlich groß ist. Den Mangel, den wir eben schilderten, empfindet niemand mehr, als sie. Sie sehnen sich nach jedem lebendigen Wort, das zu ihnen gesprochen wird, und aus diesem Grunde legen sie dem lebendigen Wort Vieler, auch Unberufener, nicht Gesandter, sondern Gekommener eine übermäßig große Bedeutung bei. Insofern deckt sich also ihre Anschauung der Dinge nicht immer mit der unsrigen.

Als zweite Ursache aber für jene Differenzen kommt in Betracht: die russischen Genossen beurteilen die Geschehnisse in einer Situation, die anders ist, als sonst auf der Welt. Sie beurteilen die Verhältnisse in der Situation der Inhaber der Staatsgewalt. Wir sagen ausdrücklich nicht „aus der Situation der Inhaber der Staatsgewalt heraus"; denn selbstverständlich sind sich die russischen Genossen dieses tiefgehenden Unterschiedes bewußt, aber die Umstellung des Gedankenganges von ihrer Situation auf unsere Situation ist schwer, und hierin mag die zweite Ursache der Mißverständnisse liegen.

Bei alledem erkennen wir selbstverständlich ohne weiteres an, daß das Exekutivkomitee bei allen Entscheidungen, die es trifft, nichts anderes im Auge hat, als die Förderung der ihm angeschlossenen Parteien. Aber das Exekutivkomitee hat ein klein wenig das Wort der Philine sich zu eigen gemacht: „zwar nicht wenn aber wie ich dich liebe — was gehts dich an?" So haben sich denn in den vergangenen Monaten dann und wann die Liebesbeweise über unseren Häuptern entladen, und hieraus ist eine Verschiedenheit der Auffassungen entstanden, die ausgesprochen werden muß, auf daß sie wieder verschwinde.

Zunächst zur Frage der K.A.P.D. Die Zentrale hat über die Frage der K.A.P.D. bereits früher Stellung genommen. Nicht alle Genossen waren mit dieser Stellung einverstanden. Wir können hier in diesem Zusammenhang nicht, wie wir es beabsichtigt hatten, zusammenfassend und eingehend allen Kritikern der Stellungnahme der Zentrale antworten, die in der „Roten Fahne" bis jetzt zum Wort gekommen, und die — leider — bis jetzt nicht zum Wort gekommen sind. Ein Teil der Kritiker aber hatte, als die Entscheidung des Exekutivkomitees kam, alles vergessen, was selbst das Exekutivkomitee gegen die

Die Magdeburger Spitzelmacher

Zwanzig Genossen grundlos verhaftet

Vom Bezirkssekretariat Magdeburg unserer Partei wird uns über die dortigen Verhaftungen und Haussuchungen folgendes mitgeteilt:

Bei der Haussuchung im Bezirkssekretariat ist Material, das auf den angeblichen Putschplan in Stendal Bezug nehmen soll, überhaupt nicht gefunden worden. Beschlagnahmt wurde ein im Juli von der früheren Zentrale der K.P.D. herausgegebenes Rundschreiben und ein undatiertes Schreiben, in dem dem Sekretariat Mitteilung gemacht wurde von Waffenlagern der Konterrevolution. Der die Untersuchung in Magdeburg leitende Stendaler Richter hat erklärt daß für ihn überhaupt nur Material in Frage komme, daß nach dem 25. August 1920 herausgegeben worden ist. Die ganze „Aktion" geht aus von dem Außerordentlichen Gericht des Reichswehr-Gruppen-Kommandos I Berlin.

In Stendal sind ca. 20 Genossen verhaftet worden, von denen ein Genosse sich bereits wieder auf freiem Fuße befindet. Die Verhaftung des Genossen Vater in Magdeburg ist reine Willkür, denn es liegen nicht die geringsten Anhaltspunkte dafür vor, daß er mit den angeblichen Putschplänen in Stendal in irgendeiner Verbindung steht. Vater ist Bezirkssekretär und hat als solcher selbstverständlich auch mit Stendaler Genossen wegen der organisatorischen Arbeiten im schriftlichen Verkehr gestanden. Ihm war in keiner Weise bekannt, daß von den Stendaler Genossen irgendwelche Putsche geplant seien und auch unter den Stendaler Genossen ist davon nichts bekannt. Dieser ganze Putschplan ist nur im Köpfe eines Spitzels entstanden, der sich für seine Bezahlung seinen Auftraggebern erkenntlich zeigen wollte. **Wir fordern mit aller Entschiedenheit die sofortige Freilassung sämtlicher verhafteten Genossen.**

Durch die Feststellungen charakterisiert sich die bürgerliche Kommunistenhetze anläßlich der Stendaler Verhaftungen und charakterisiert sich die Unterstützung, die die „Freiheit" ihr gewährt, indem sie die Mitteilungen des Magdeburger Polizeipräsidiums unter dem Titel „Revolutionsspielerei" wiedergibt.

Genosse Wegmann als lästiger Ausländer aus Danzig ausgewiesen

(Privattelegramm der „Roten Fahne".)

Danzig, den 4. Februar.

Genosse Wegmann der sich in der letzten Zeit in Danzig aufhielt, wurde vorgestern von der Polizei angeblich als Zeuge vorgeladen, und sofort in Haft behalten. Heute erfolgte seine Ausweisung als lästiger Ausländer, ohne daß es ihm vorher gestattet wurde, seine Wohnung noch einmal aufzusuchen. Der Sturm im Volkstag, von dem die bürgerliche Presse zu berichten weiß, hat sich entwickelt auf Grund der Verhaftung des Genossen Wegmann. Sonderbarerweise hat hiervon die bürgerliche Presse keine Notiz genommen, und die ganze Aufregung auf die Wohnungsverhältnisse des englischen Generals zurückgeführt. Wegmann wurde von 2 Beamten über die Grenze bis nach Lauenburg transportiert, nachdem er vorher von allen Seiten photographiert worden war. Zu seiner Ausweisung teilt der Senat mit, daß ausländische Kommunisten in Danzig nicht geduldet würden.

Bezeichnend für die brutale Ausweisung des Genossen Wegmann ist, daß die willkürlichen, geographischen Schiebungen der Entente, nach denen Danzig nicht mehr als deutsche Stadt gilt, herhalten müssen, um das Proletariat zu bekämpfen.

Im italienischen Parlament: 20 Kommunisten, 90 Unabhängige, 40 Reformisten

Rom, 2. Februar 1921

Nach den bis jetzt bekannt gewordenen Meldungen haben sich der Gruppe Serrati („Unitarisken") mehr als 90, der Fraktion Turati 40 und der kommunistischen Fraktion 20 Abgeordnete angeschlossen. Vergleicht man die Zahlen mit den Ergebnissen der Abstimmung auf dem Parteitage, so wird klar, wie wenig das Kräfteverhältnis die parlamentarischen Fraktionen, die Stellungnahme der proletarischen Massen ausdrückt.